Nr. 20 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,20 Zl. Mittwoch, den 25. Januar 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41 — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 1. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Reichstagsauflösung ohne Neuwahlen?

„Staatsnotstand“ soll erklärt werden — Kein Ausgang aus der verworrenen Lage — Das Ende der „neuen Staatsführung“

Berlin. Unter Bezugnahme auf den Vortrag, den Reichskanzler von Schleicher dem Reichspräsidenten über die innerpolitische Lage gehalten hat, behauptet die „Vossische Zeitung“, unterrichtete Persönlichkeiten glaubten aus manchen Anzeichen schließen zu dürfen, daß der Gedanke, einen „Staatsnotstand“ zu konstruieren und daraus die Zulässigkeit einer Verschiebung von Neuwahlen abzuleiten, in der Wilhelmstraße schon seit geraumer Zeit erwogen und erörtert werde. Das Blatt meint, Reichspräsident und Reichsregierung würden mit der Durchführung eines solchen Planes in einen unreparierbaren Konflikt mit den verfassungtreuen Teilen der Bevölkerung geraten. Sie würden für die Verfassungsgegner das willkommene Präjustiz schaffen, wie man durch eine willkürliche gedankliche Konstruktion eines Staatsnotstandes eine Verfassung außer Kraft setzen könne. Bei der bekannten Auffassung des Reichspräsidenten von der Verfassung müsse man vorläufig annehmen, daß es sich bei den Erörterungen über Staatsnotstand und Aussetzung der Reichstagswahlen um Pläne handele, die an die Regierung herangetragen worden seien, aber nicht um Absichten, mit denen sich die verantwortlichen Personen ernsthaft befaßten.

Auch die „Germania“ meint, die innere Beunruhigung eines Volkes, das seit Jahr und Tag in leidenschaftlichen inneren Kämpfen liege, lasse sich durch die Dekreditierung eines Notstandes und durch die diktatorische Handhabung der Regierungsgewalt wohl nicht beseitigen. Es entspreche den besten Traditionen der Zentrumspartei, wenn sie auf die Gefährlichkeit solcher Pläne hinweise, mit denen man den festen Boden einer in ihren Folgen wohl durchdachten und in jedem Augenblick noch übersehbaren Politik verlassen würde. Wenn das Zentrum für eine Lösung im Rahmen der Verfassung eintrete, deren Möglichkeiten noch nicht erschöpft seien, dann nicht deshalb, weil das Zentrum eine parlamentarische „Schlüsselstellung“ behaupten möchte, die durch ein autoritäres Regime völlig entwertet werden würde. Schlüsselstellungen hätten heute ebenso gut auch andere Parteien in der Hand, von deren Willen schließlich die eine oder andere Mehrheitslösung abhängig ist. Das Zentrum hat im übrigen von einer solchen Position bisher nur den Gebrauch gemacht, daß es der Regierung, ob es in ihr vertreten war oder nicht, eine loyale Chance gab.

Soll Schleicher ausgeschaltet werden?

Die Versuche einer parlamentarischen Lösung.

Berlin. Die Verhandlungen mit dem Ziele, doch noch eine Art parlamentarische Lösung zu erreichen, werden in Berlin lebhaft fortgesetzt. Am Montag vormittag fanden erneut eingehende Beartungen im nationalsozialistischen Lager, im Kaiserhof, in Anwesenheit Hitlers statt. In den Verhandlungen spielt u. a. Reichsbankpräsident a. D. Schacht eine maßgebende Rolle. Die Aussichten der für eine parlamentarische Lösung werden jedoch allgemein recht skeptisch beurteilt. Die Regierung beteiligt sich entsprechend ihrer Ablehnung an diesen neuen Versuchen nicht. Sie bleibt vielmehr demonstrativ im Hintergrund und wartet ab. Man kann daher annehmen, daß, sollte diese neue Lösung doch noch gelingen, General von Schleicher in ihr kaum eine Rolle spielen würde.

Zentrum und Nationalsozialisten

Zentrum gegen kurzfristige Lösung — aber für parlamentarische Zusammenarbeit mit der Rechten?

Berlin. Die Tatsache, daß die ersten Vorbesprechungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten nunmehr, wenn auch in ganz unverbindlicher Form, aufgenommen worden sind, hat in Berliner politischen Kreisen starke Beachtung gefunden. Jedoch dürfte in diesen ersten Besprechungen kaum viel geklärt worden sein. Gleichwohl ist es beachtlich, daß „Der Deutsche“ davon spricht, daß von den Nationalsozialisten an eine lose Vereinigung gedacht werde, aus der heraus man ein „Kabinett der Köpfe“ bilden könne, also ein nationales Kabinett, das fürs erste lediglich auf ein Tolerieren der Harzburger Parteien und Verbände rechnen könne. Vielleicht hoffe man für diesen Ausweg auch das Zentrum zu gewinnen. Die Aussichten für den Erfolg eines solchen Planes seien allerdings niemals gut gewesen. Das läßt darauf schließen, daß das Zentrum bei seinen Verhandlungen nicht an eine kurzfristige Lösung denkt, und daß es etwa den Plan, ein neues Kabinett zu bilden, das nach kurzer Zeit Wahlen durchzuführen hätte, ablehnt.



125. Geburtstag des Theologen David Friedrich Strauß

David Friedrich Strauß, der für die Geschichte des Materialismus ebenso wie der Theologie bedeutsame Denker, wurde am 27. Januar 1808 in Ludwigsburg (Württemberg) geboren. Sein Hauptwerk ist „Das Leben Jesu kritisch bearbeitet“, in dem er den größten Teil der Evangelien-Geschichte für mythischen Ursprung erklärte. Diese Schrift, ebenso wie sein anderes Werk „Der alte und der neue Glaube“, erweckten damals ein ungeheures Echo und einen lebhaften Streit.

Berlin bleibt rot

Berlin. Der „Vorwärts“ kündigt für nächsten Sonntag eine Massenkundgebung unter dem Leitwort „Berlin bleibt rot“ an. Die „Rote Fahne“ ruft für Mittwoch zu einer Massendemonstration auf dem Bülowplatz auf.

Blutiger Wahlkampf in Irland

50 Verletzte in einer Cosgrave-Versammlung.

Dublin. Zu einem schweren politischen Zusammenstoß kam es am Sonntag abend während einer Versammlung der Cosgrave-Partei in Tralee Grafschaft Kerry. 50 Personen wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werdan. Cosgrave selbst entging mit knapper Not einem Angriff auf seinen Kraftwagen.

Die Versammlung, in der Cosgrave sprach, wurde von Anfang an durch eine Gruppe von etwa 500 Republikanern gestört, die sich in der Nähe der Tribüne angesammelt hatten. Plötzlich bewarfen sie die aus früheren Frontsoldaten bestehende Leibgarde Cosgraves mit Steinen. Bald war ein wildes Handgemenge im Gange, bei dem auf beiden Seiten außer Steinen auch Eisenstangen, Stöcke und andere Waffen benutzt wurden.

Die Anhänger de Valeras warfen schließlich mit großen Pflastersteinen, die sie von einer in der Nähe befindlichen Straßenbaustelle holten. Bald lagen mehrere Personen blutend am Boden und mußten von Sanitätern weggetragen werden. Schließlich griff die Bürgergarde mit Gummiknüppeln ein und trieb die Menge auseinander. Später griffen die Republikaner noch das Parteihaus Cosgraves an und zertrümmerten dort die Fenster.

Auflösung der griechischen Kammer beschlossen

Athen. Der auf Veranlassung des Staatspräsidenten Zaimis einberufene Senat hat mit 72 gegen 20 Stimmen die Auflösung der Kammer beschlossen.

Die Neuwahlen sind auf den 5. März festgesetzt worden.

Hitlers „Eroberungszug“

Während hinter den Kulissen noch eifrig geschachert wird, wie man die Nationalsozialisten für eine Tolerierung des Schleicher-Kabinetts gewinnen kann, hat Hitler seine Garden nach Berlin zusammengezogen, um die Kommunisten zu provozieren. Er wollte der Regierung beweisen, was auch die Nationalsozialisten in Berlin vermögen, nicht etwa um zu demonstrieren, sondern um unter einem überreichlichen Aufgebot von Polizei, eine Trauerfeier für den seinerzeit gefallenen Horst Wessel zu begehen, an der auch Hitler eine ziemlich nichtssagende Rede hielt, wo er einmal den nahen Sieg seiner Partei verkündigte. Die Millionenpartei konnte unter dem Schutz der Polizei kaum 15 000 Menschen zu dieser Demonstration aufbieten und seit Sonnabend stand die Schutzpolizei unter verschärfter Alarmbereitschaft, während die kommunistischen Gegendemonstrationen polizeilich verboten wurden. Trotzdem haben die Kommunisten versucht, die Nationalsozialisten zu stellen und wenn auch der Polizeibericht vermerkt, daß die Ruhe nirgends gefährdet wurde, so weiß man im Zusammenhang damit doch zu erwähnen, daß 19 Gegenzüge der Kommunisten aufgelöst, 69 Zwangsstellungen vorgenommen wurden und einige Verletzte zu verzeichnen seien, weitere Verletzte von den Parteifreunden rechtzeitig fortgeschaffen wurden. Diese „Ruhe“ würde im Polizeibericht eine ganz andere „Würdigung“ erfahren haben, wenn man nicht zufällig die Oeffentlichkeit „beruhigen“ müßte, weil sich wohl die Mehrheit der Berliner Bevölkerung gegen die Nationalsozialisten und die Regierungsmaßnahmen ausgesprochen hat, aber die Bracht, Schleicher und Melcher es sich nicht versagen konnten, Hitler diesen Demonstrationsliebesdienst zu erweisen. Gegen die Kommunisten — Demonstrationsverbot, Provokation, seitens der Nationalsozialisten, vor dem Karl Liebknechthaus am Bülowplatz, unter dem Schutz der Polizei, die vorher nicht nur das Haus nach Waffen durchsucht hat, sondern auch eine Vierziger-Hauswache in Schutzhaft nahm und auf den umliegenden Häuserdächern eine starke Zernierung der Umgegend stellte, alles, um dem „nationalen Sozialismus“ in Berlin eine sichere Heimstätte zu gewähren. So sieht in Wirklichkeit die „Eroberung Berlins“ durch Hitlers Partisanengruppen aus. „Sozialismus“ unter Polizeischutz, das ist die neueste Errungenschaft, die man Hitler vor die Füße legt, um ihn für die „neue Staatsführung“ zu gewinnen.

Wieder ist eine starke Regierung vor Hitler in die Kniebeuge gegangen, um einen Demagogen zu gewinnen, der nach außenhin bemüht ist, der Regierung den Kampf anzusagen, um sich dann noch 8 Tage Galgenfrist bewilligen zu lassen, indem man die Entscheidung durch Hinausschiebung des Reichstagszusammentritts verzögert und eine starke Regierung geht willig dem Nationalismus an die Hand, immer noch in der Hoffnung, daß es gelingen werde, den „Herrn der braunen Prätorianergarden“ für die Tolerierung zu gewinnen. Und die Herrschaften, die so mutig nach einer neuen Staatsführung schreien und sich mit Entschiedenheit gegen den Parteigeist wenden, wissen, daß ihnen der Reichstag eine Bloßstellung ohnegleichen bringen wird, indem nicht nur die Osthilfe, sondern auch der Reichspräsident ins üble Licht gestellt werden. Leider auch der Reichspräsident, der der Träger des Gedankens einer neuen Staatsführung ist, indem er die Deckung für eine Kamarilla bietet, die sich noch schlimmer auszuwirken droht, als der Skandal um die Liebenberger Tafelrunde, die einst Harden mit ätzender Feder bloßgestellt hat. Kommt es zu einem neuen Wahlkampf, so geht es nicht nur um den Ruf Hitlers, sondern auch um die neue Staatsführung, die sich in der Zwischenzeit als unfähig erwiesen hat, auch nur einen einzigen Fortschritt zu erzielen, sondern warten muß, ob ihm die vielgeschmähten Parteien die Möglichkeit zum Regieren bieten. Aber es beweist auch mit aller Eindringlichkeit, daß man nur deshalb den Kampf gegen den Marxismus geführt hat, weil die Subventionen für die Landwirtschaft und die Industrie nicht so geflossen sind, wie die Herren von Scholle und Schlot es im Interesse der deutschen Wirtschaft für zweckmäßig halten. Und wieder stehen eine Reihe von Korruptionen an der Tagesordnung, die mit aller Deutlichkeit beweisen, daß die neue Staatsführung nur deshalb notwendig ist, um eben diese Korruptionen nicht an die Oeffentlichkeit dringen zu lassen. Ueberflüssigerweise leuchtet gerade General Ludendorff in diese Affäre hinein und bezichtigt ein Komitee, welches dem Reichspräsidenten zum 80. Geburts-

tag das Gut Neudeck geschenkt hat, daß man hierbei den Staat um die Schenkungs- und Erbschaftssteuer „betrogen" habe. Ja, wenn die „feinen Herren" einmal patriotisch werden, dann kommt ein schöner vaterländischer Gestank heraus und es müssen die allerhöchsten Persönlichkeiten herhalten, um das Gestankfeld ein wenig abzuriegeln. Aus diesem Grunde auch das Werben, die Liebesdienste an Hitler, um in einem kommenden Reichstagswahlkampf die neue Staatsführung nicht bloßgestellt zu sehen.

Nun wissen nur die wenigsten, daß die neue Staatsführung sich in den letzten Tagen, zu ungunsten des Generals Schleicher, wendet und daß im Hintergrund schon Dr. Bracht wartet, um Reichskanzler zu werden, weil sich von Schleicher nicht nur bei Hitler, sondern auch bei Hugenberg und schließlich auch bei den Junkern des Reichslandbundes, mißliebig gemacht hat. Eifrig reist der Exreichskanzler von Papen zu Hitler, zu den Industriellen, gibt Gastrollen beim Stahlhelm, um sich der kommenden Regierungsbildung zu empfehlen, bei der man dann Schleicher wieder in Gnaden als Reichswehrminister aufnehmen will. Knapp 9 Wochen Reichskanzler, mit der Autorität der Reichswehr gesichert, und schon läßt man alle Minen springen, um den Protektor der neuen Staatsführung beim Reichspräsidenten springen zu lassen. Dieses Schicksal hat Schleicher kaum voraussehen können daß die feinen Leute sich mindestens so gut auf Intrigen verstehen, als es gegen Brüning, und vorher schon gegen Hermann Müller, vom Reichswehrministerium getrieben wurde. Schleicher wurde Spielball des Herrenklubs und soll von der gleichen Junkerclique beseitigt werden, da die Papen und vor allem Hugenberg, mit Oldenburg-Januschaus Nachhilfe beim Reichspräsidenten gestürzt werden. Das ist das neueste Spiel, welches sich um Schleicher abrollt, der nicht gewillt ist, sich auf diese Weise beseitigen zu lassen Darum auch die schroffen Erklärungen, daß die Parteien sich entschließen sollen, entweder die Regierung zu tolerieren und zwar durch möglichst lange Hinausschiebung des Zusammentritts des Reichstages oder offenes Eintreten der Nationalsozialisten für Schleicher. Sonst kommt es zu einer Reichstagsauflösung, vor der Hitler wohl die größte Sorge hat. Da hier der Interessentenhaufen von den Industriellen zu den Landwirten läuft, so ist es begreiflich, daß man den Frieden zu stiften versucht. Einerseits will Schleicher bleiben und den Junkern wiederum ihren Einfluß sichern, Hitler aber in irgend einer Form an die Macht kommen zu lassen.

Die Wünsche sind zu vielgestaltig, um erfüllbar zu sein. Das Spiel kann trotzdem noch einige Wochen dauern, denn über die Reichstagsauflösung kommt man doch nicht hinweg, sei es, daß sie am 31. Januar oder Ende März ausgesprochen wird. Es ist nicht nur eine Galgenfrist für Hitler, sondern auch für die neue Staatsführung, die aus dem Dilemma der Parteiherrschaft nicht heraus kann, obgleich man gegen die Parteiherrschaft das neue System geschaffen hat. Die nächsten Tage werden noch manche Ueberraschungen bringen, der Polizeischutz für Hitler am Karl Liebknechthaus, war nur ein Vorspiel bei der Jagd um die Gunst der Braunhemden, wobei, nach dem Wollen der „feinen Leute", diesmal, nach Papen, Schleicher das Opfer sein soll. Und man sieht aus den Enthüllungen über die Osthilfe, daß diese Kreise nicht geneigt sind, auch vor der Person des Reichspräsidenten halt zu machen, wenn es darum geht, ihrem Machtgefühl Ausdruck zu verleihen oder, besser gesagt, ihre Futterkrippen zu sichern. Das ist die neue Staatsführung, gegen die Parteiherrschaft zur dauernden Sicherung der Osthilfe. „Sozialismus" unter Polizeischutz! —ll.

Molotow vor dem Zentralexekutivkomitee

Moskau. Die Vollsitzung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion wurde am Montag eröffnet. Volkskommissar Molotow hielt eine große Rede, in der er Bericht über die Wirtschaftspläne für 1933 und über die Außenpolitik der Sowjetunion erstattete. Dabei hob er besonders hervor, daß unter den europäischen Staaten Deutschland eine besondere Stellung einnehme. Mit diesem Lande stehe Rußland in festen wirtschaftlichen Beziehungen.

Roosevelts Pläne

Schulden und Goldstandardfragen — Einschränkung der Produktion — Abrüstung und neue Kreditpolitik

London. Die Pläne Roosevelts werden von dem Washingtoner Berichterstatter der „Times" auf Grund amerikanischer Zeitungsmeldungen dahin wiedergegeben, daß auf der Märzkonferenz außer der Schulden- und Goldstandardfrage auch die Zollpolitik, die Möglichkeit der Erzeugungsbeschränkung von Weizen, Zucker, Silber und anderer Rohmaterialien sowie die Frage besprochen werden soll, ob parallel mit der Weltwirtschaftskonferenz eine Konferenz der Zentralbanken stattfinden soll, um zu einer Einigung über die Kreditpolitik zu gelangen. Wenn man hierzu noch die fernöstlichen Fragen und die Abrüstung hinzunehme, so könne man verstehen, warum der Märzkonferenz in Amerika eine ungeheure Bedeutung beigemessen werde. Es bestehe die Möglichkeit, daß Roosevelt unter Ausnutzung seines noch voll vorhandenen Ansehens eine besondere Sitzung des Repräsentantenhauses anberaumen werde, um sich die Zustimmung zu seinen Programmpunkten zu sichern.

Minderheitsinteressen — Landesverrat?

Benesch's Vorstoß gegen die Minderheiten von Nadolny zurückgewiesen

Genf. Im Präsidium der Abrüstungskonferenz kam es in der ersten Sitzung am Montag zu einer bewegten Aussprache über den sogenannten „Landesverräterparagraphen" des Abkommens. In dem Abkommen war über die internationale Rüstungskontrolle ursprünglich eine Regelung vorgesehen, wonach Personen, die dem Kontrollausschuß Mitteilungen über geheime, im Abrüstungsabkommen verbotene Rüstungen ihres eigenen Landes machen, völlige Straflosigkeit genießen sollen. Der Vorsitzend des Kontrollausschusses, Politis, hat jedoch beantragt, diese Frage fallen zu lassen, da eine für alle Regierungen annehmbare Rechtsformel nicht zu finden sei.

In der Montagsaussprache forderten dagegen Massigli, Wilson und Motta die Behandlung der gesamten Frage im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz. In der Aussprache gab Benesch eine eigenartige Erklärung ab, in der er Straflosigkeit derartiger Landesverräter forderte und solche Personen auf die gleiche Stufe mit den beim Völkerbund gegen die Regierung ihres Landes beschwerdeführenden Minderheiten stellte.

Die deutliche Anspielung Beneschs auf die zahlreichen Klagen der deutschen Minderheiten beim Völkerbund infolge des fortgesetzten Bruches der Minderheitenschutzverträge wurde allgemein verstanden.

Botschafter Nadolny lehnte sofort mit großem Nachdruck jeden Vergleich zwischen Landesverrätern und Minderheiten ab und betonte den selbstverständlichen Unterschied zwischen den rechtlich auf internationalen Verträgen fußenden Beschwerden der Minderheiten und dem Verhalten der Landesverräter.

Benesch verharrte jedoch auf seiner Auffassung und erklärte, daß der Unterschied zwischen den beiden Personengruppen nur seine Auffassung bestätigte. Nadolny beantragte daraufhin, die gesamte Frage an den Hauptausschuß zu verweisen. Auf Vorschlag Hendersons wurden jedoch Politis und der Generalberichterstatter für die Kontrollfrage, Bourquin (Belgien), beauftragt, eine neue Formel für den Landesverräterparagraphen auszuarbeiten.



Berlin am Sonntag

Panzerwagen der Schupo auf dem Bülowplatz, auf dem sich die Nationalsozialisten versammelten. Da an dem Platz das Karl Liebknecht-Haus, der Sitz kommunistischer Zentral-Organisationen gelegen ist, befürchtete man, daß es hier zu Zusammenstößen zwischen den politischen Gegnern kommen würde. Die Polizei hatte daher im weiten Umkreis um den Platz starke Kräfte eingesetzt, um jegliche Unruhen zu verhüten.

Jack London

MENSCHEN DER TIEFE

II

49

Eine Unmenge von Arbeitern wird auf gefährlichen Posten beschäftigt, und sie sind tatsächlich immer gefährdet — weit mehr als die Soldaten des zwanzigsten Jahrhunderts.

In der Leinenindustrie verursachen nasse Füße und nasse Kleider, die die Arbeiter bei der Behandlung von Hanf erhalten, eine Unmenge Fälle von Bronchitis, Lungenentzündung und ernsten rheumatischen Erkrankungen, während der feine Staub in den Hechel- und Spinnabteilungen die Lungen verdirbt, so daß Frauen, die mit siebzehn, achtzehn Jahren zu hecheln beginnen, mit dreißig Jahren fertig sind. In chemischen Fabriken sterben die Arbeiter durchschnittlich, ehe sie ihr achtundvierzigstes Jahr erreicht haben, obwohl sie unter den stärksten, widerstandsfähigsten Männern ausgesucht werden. Von der Tonwarenindustrie sagt Dr. Arlidge: „Der Tonstaub tötet nicht plötzlich lagert sich aber von Jahr zu Jahr mehr auf den Lungen ab, bis sich auf ihnen eine ganze Schicht bildet, die das Atmen beschwerlich macht und zuletzt ganz zum Stillstand bringt.

Eisenstaub, Steinstaub, Zementstaub, Alkalistaub, Staub von Stoff und Lumpen haben auf die Dauer einen tötenden Einfluß. Sie sind todbringender als Maschinengewehre und Sprenggranaten. Am allerschlimmsten ist der Bleistaub in der Bleiweißindustrie. Hier eine Beschreibung, wie ein junges, gesundes, gut entwickeltes Mädchen, das in einer Bleiweißfabrik arbeitet, seinem Untergang entgegengeht:

Wenn sie mehr oder weniger der Einwirkung des Giftes ausgesetzt gewesen ist, wird sie blutarm. Zuweilen zeigt sich in ihrem Gaumen eine schwache blaue Linie, zuweilen sind Zahnfleisch und Zähne vollkommen frisch. Mit der Bleichsucht hat sich gleichzeitig Magerkeit eingestellt, aber die Abmagerung erfolgt so langsam, daß ihre Umgebung es kaum beachtet. Unterdessen beginnt sie an Uebelkeit und Kopfschmerzen zu leiden, die sie immer mehr quälen und oft von Halluzinationen und Blindheitsperioden begleitet sind.

Meistens wird ein solches junges Mädchen von seiner Umgebung, zuweilen auch von den Aerzten, für hysterisch gehalten. Ihr Zustand verschlimmert sich, und ohne besondere Symptome wird sie plötzlich von Krämpfen befallen, die in der einen Gesichtshälfte beginnen, dann werden der Arm und darauf das Bein auf derselben Seite in Mitleidenschaft gezogen, bis diese Krämpfe, die recht heftig sind und einen typisch epileptischen Charakter haben, endlich den ganzen Körper erfassen.

Die Anfälle werden von Bewußtlosigkeitsperioden begleitet, die wieder mit Krämpfen enden. Sie nehmen ständig an Stärke zu, und in der Regel endet es damit, daß sie in einem derartigen Anfall stirbt — oder sie verfällt aus den Krämpfen wieder in den teilweise oder ganz bewußtlosen Zustand, der Minuten, Stunden oder sogar Tage dauern kann. Zwischen den Anfällen klagt sie über heftige Kopfschmerzen, oder sie phantasiert und ist stark erregt wie in einem vorübergehenden Irrsinnsanfall, oder sie ist niedergeschlagen und verzweifelt und muß in die Wirklichkeit zurückgerufen werden, wenn sie plötzlich ganz geistesabwesend ist und unzusammenhängend zu reden beginnt. Ohne weitere vorausgehende beunruhigende Symptome — außer, daß ihr Puls, der schwach, aber gleichmäßig ist, plötzlich langsam und hart pocht — wird sie plötzlich von einem neuen Krampf gepackt, in dem sie stirbt oder in einen tiefen Schlaf versinkt, aus dem sie nie wieder aufwacht.

In andern Fällen kann es geschehen, daß die Krämpfe gradweise abnehmen, die Kopfschmerzen verschwinden und die Patientin sich erholt, dann aber entdeckt, daß sie ihr Augenlicht für eine Weile oder für immer verloren hat."

Vaughan Nash sagt über die ungeborene Generation:

„Die Kinder von Bleiweißarbeitern kommen in der Regel nur zur Welt, um schnell an Krämpfen zu sterben, die durch Bleivergiftung verursacht sind; entweder werden sie zu früh geboren, oder sie sterben in ihrem ersten Lebensjahr."

Zum Schluß will ich nur das Beispiel Harriet A. Walkers anführen. Sie war ein siebzehnjähriges Mädchen, das in dem hoffnungslosen Kampf auf dem Felde der Industrie getötet wurde. Sie arbeitete in einer Emaillewarenfabrik, wo man auch der Bleivergiftung ausgesetzt ist. Ihr Vater und ihre Brüder waren arbeitslos. Sie bemühte sich deshalb, ihre Krankheit im Anfang zu verheimlichen, ging täglich zu ihrer Arbeit sechs Meilen hin und zurück, verdiente sieben bis acht Schilling die Woche und starb in ihrem achtzehnten Lebensjahr.

Stillstand auf dem Arbeitsmarkt spielt auch eine enorme Rolle unter den Ursachen zum Sturz des Arbeiters in den Abgrund. Wenn nur ein Wochenlohn zwischen der Existenz einer Familie und der vollständigen Armut steht, so kann man sich denken, was für ein fast nicht wieder gutzumachendes Unglück zum Beispiel ein Monat erzwungener Müßiggang bedeutet, und wie schwer es ist, darüber hinwegzukommen, selbst wenn die Arbeit wieder anfängt.

Zur Zeit berichten die Zeitungen gerade von der Versammlung der Dockarbeitergewerkschaft, bei der konstatiert wurde, daß viele Mitglieder monatelang keine größere Einnahme als durchschnittlich vier bis fünf Schilling wöchentlich hatten. Die Schuld an diesen Zuständen wird dem Stillstand der Schiffahrt im Londoner Hafen zugeschrieben.

Weder für junge Arbeiter oder Arbeiterinnen noch für Ehepaare gibt es eine Möglichkeit, sich ein gesundes glückliches Dasein zu sichern, geschweige denn ein sorgenloses Alter. Sie können so schwer arbeiten, wie sie wollen, sie können doch nie ihre Zukunft sicherstellen. Alles beruht auf Zufällen, auf dem, was geschehen kann — auf dem, worauf niemand irgendwelchen Einfluß hat, was keine Maßregel abwehren, keine Klugheit oder List vermeiden kann. Auf dem Schlachtfeld der Industrie müssen die Arbeiter dem Schicksal Trotz bieten, wenn ihre Aussichten auch noch so gering sind. Sie können natürlich, wenn ihre Konstitution es erlaubt und sie nicht von Familienbanden gefesselt sind, vom Schlachtfeld der Industrie desertieren; das Beste, was ein Mann dann tun kann, ist, daß er ins Heer eintritt. Die Frau kann eventuell beim Roten Kreuz eintreten und Krankenschwester werden. In allen Fällen müssen sie Heim, Kindern und allem entsagen, was das Leben lebenswert und das Alter zu etwas anderm als zu einem fürchterlichen Alpdruck macht.

Selbstmord.

Wenn das Dasein so abhängig von Zufällen und die Aussicht auf Glück so gering ist, muß das Leben notwendigerweise billig und Selbstmord eine alltägliche Begebenheit werden. Ja, daß Menschen selbst ihrem Leben ein Ende machen, ist so gewöhnlich, daß man keine Zeitung zur Hand nehmen kann, ohne von Selbstmorden zu lesen, während Selbstmordversuche für die Zeitungen nicht mehr Interesse haben als die üblichen Fälle von Trunkenheit, mit denen die Polizeigerichte sich beschäftigen, und das Gericht behandelt denn auch all diese Sachen mit derselben Schnelligkeit und Gleichgültigkeit. (Forts. folgt.)

Polnisch-Schlesien

Herr Falter bei der Arbeit

Der Roburdirektor Falter ist unseren Lesern gut bekannt. Er hat sich in unserer engeren Heimat mehr als „gesund" gemacht und ist durch die Perlen seiner besseren Ehehälfte, die aus Wien nach Oberschlesien geschmuggelt wurden, berühmt geworden. Sein Heu hat Herr Falter schon längst im Trockenen denn er ist Gutsbesitzer in Frankreich und mehrfacher Hausbesitzer in Warschau. Herr Falter hat sich zu einem „soliden" Geschäftsmann entwickelt und er kauft nur das Beste, d. h. Realitätenwerte, die in viele Millionen Zloty gehen. Seine Villa bei Paris soll nur 800 000 Dollar kosten. Aber das nur nebenbei.

Die hiesige polnische Presse teilt mit, daß ein oberschlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein, also ein Industriekonzern, für die nächste Sitzung der allgemeinen polnischen Kohlenkonvention einen Antrag vorbereitet hat die Kohlenverkaufsrabatte um 30 Prozent abzubauen und um diesen Prozentsatz die Kohlenpreise herabzusetzen. Dadurch wollte man den Kohlenkonsum durch Senkung der Preise heben, der direkt in den Augen schmilzt. Von 20 Millionen Tonnen im Jahre 1931 ist der Kohlenkonsum auf 14 Millionen Tonnen 1932 zurückgegangen und geht weiter zurück. Dieser Antrag hat bei den Vermittlern direkt eine Panik hervorgerufen. Zu den Vermittlern gehört natürlich auch die Kohlenkonvention „Robur" in Kattowitz, mit dem Generaldirektor Falter an der Spitze. Natürlich bereitete der Antrag dem Herrn Generaldirektor Falter viel Kopfschmerzen und er machte sich sofort auf den Weg, um der Bestie die giftigen Zähne auszuschlagen. Es ist nämlich eine feststehende Tatsache, daß die Kohlengruben den Vermittlern 40 Prozent Rabatt zugebilligt haben und das ist unglaublich viel. Diese 40 Prozent Rabatt sind, die die Kohlenpreise in den entlegenen Gebieten des polnischen Staates bis auf 80 Zloty die Tonne steigern, denn neben den Rabatten kommt noch der Verdienst des Detailverkäufers hinzu, der auch angemessen sein muß. „Robur" spielt im Kohlenhandel lediglich die Vermittlerrolle, denn „Robur" besitzt keine eigenen Bergwerke.

Nun hat Herr Falter alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dem Antrag auf Herabsetzung der Rabatte den Garaus zu machen. Die Rabatte dürfen nicht nur nicht gekürzt werden, sondern der Antrag darf überhaupt nicht eingebracht werden. Wenn schon einmal solche Anträge zur Debatte stehen, so wirken sie „demoralisierend" auf die Kohlenkonsumenten und das muß unter allen Umständen verhindert werden. Das scheint auch dem Herrn Falter gelungen zu sein, vermöge seines großen Einflusses, sowohl bei den Kohlenproduzenten, als auch bei einzelnen Regierungsstellen. Es mußte ihm gelungen sein, denn es wird jetzt nicht mehr vom 30prozentigen Abbau der Rabatte und der Kohlenpreise gesprochen, sondern von der Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz unter den Kohlenverkäufern. Diese Konkurrenz war auch dem Herrn Falter recht unerwünscht gewesen, weil sie den Kohlenpreis auf dem flachen Lande drückt und das ist für „Robur" eine sehr unerwünschte Erscheinung.

Sonderbarerweise sind in einigen Presseorganen, die den Kapitalisten nahestehen, Artikel erschienen, die besagen, daß die Regierung den Preisabbau für Kohle auf dem Innenmarkt ablehne. Wer hinter diesen Artikeln steht, kann man sich leicht denken. Das ist natürlich als „Beruhigungsmittel" für die Gruben gedacht, die bis dahin der Ansicht waren, daß die Regierung auf den Preisabbau für Kohle drängt. Hier müßte die Regierung energisch durchgreifen und dem Treiben der großen und kleinen „Roburs" ein Ende setzen. Sie stecken die 40 Prozent Rabatt ein und ihre Direktoren kaufen im Auslande Villen, Paläste und Riesengüter und schmuggeln Perlen ein, während die Bevölkerung friert oder mit Torf heizt. Unzählige Gruben werden wegen Absatzmangel stillgelegt und die Arbeiter entlassen, damit eine Handvoll Nutznießer sich auf Kosten der Gesamtheit bereichern kann.

Die Ferrumhütte stillgelegt

700 Arbeiter auf der Straße.

Am Sonnabend hat die Belegschaft der Ferrumhütte die letzte Schicht gearbeitet. Als gestern die Arbeiter zur Arbeit erschienen sind, wurden sie in die Hütte nicht mehr hineingelassen. Somit sind wiederum 700 Arbeiter existenzlos geworden. Allerdings waren in der letzten Zeit in der Hütte nicht mehr als 300 Arbeiter beschäftigt, denn die übrigen 400 waren auf Turnusurlaub. 500 Arbeiter der abgebauten Belegschaft haben bereits die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung erschöpft. Sie kommen auf die „dorazna pomoc". Nebstdem schuldet die Verwaltung einem großen Teil der Arbeiter den Lohn, denn die Löhne wurden hier sehr schleppend gezahlt. Natürlich hängen die Ferrumwerke bei den Sozialversicherungen. Die Verwaltung hat den Arbeitern und Angestellten die Versicherungsbeiträge pünktlich vom Lohne abgezogen, hat aber das Geld an die Versicherungsanstalt nicht abgeführt.

Der Betriebsrat hat am Sonnabend und gestern noch Verzweiflungsanstrengungen gemacht, um wenigstens einen Teil des Betriebes vor der Verschrottung zu retten, aber die Mühe war vergebens. Der Demo erklärte den Arbeitern, daß er alle Mittel erschöpft hat, die ihm zur Verfügung standen. Er konnte angeblich die Stillegung nicht verhindern. Der Demo konnte nicht leugnen, daß die Hütte noch Bestellungen zur Ausführung hat. Die Fitznersche Kesselfabrik in Siemianowitz mußte den Betrieb einschränken, weil die bei den Ferrumwerken bestellten Kessel nicht geliefert wurden. Das Werk hat Bestellungen, führt sie aber nicht aus und schließt den Betrieb. Das läßt tief blicken.

Die Fabrik Kötz in Nikolai vor dem Demo

Gestern hat vor dem Demo eine Konferenz wegen Stillegung der Gießerei bei der Firma Kötz in Nikolai stattgefunden. Durch die Stillegung sind 76 Arbeiter bedroht, die zur Entlassung kommen sollen. Der Demo hat die Entscheidung vertagt, weil er zuerst den Sachverhalt an Ort und Stelle feststellen will.

Die polnischen Staatsmonopole

Rückgang der Umsätze — Die teuere innere Verwaltung — Preisdiktatur der Monopole Scharfe Kritik an dem Zündholzmonopol — Anstatt Preisabbau, Preisaufbau — Wann hört die Ausnützung der Konsumenten auf?

Zwischen Regierung und Privatkapital hat man die Produktion der wichtigsten Bedarfsartikel ganz gut verteilt. Man nennt das „Regelung" der Produktion der natürlich auch die „Regelung" der Preise auf dem Fuße folgte. Der Staat begnügt sich nicht mit der Post, der Eisenbahn, der Münzanstalt und anderen Dingen, sondern tritt als

Produzent und Großhändler auf.

Durch die Bank Polski, die Bank Gospodarstwa Krajowego und die Postsparkasse, verwaltet der Staat das Geld und regelt den Geldumlauf. Dann produziert der Staat Spiritus, Tabak, Streichhölzer, Salz und jetzt diese Artikel in den Handel. Der Staat tritt hier den Bürgern als Produzent und Großhändler gegenüber auf. Grundsätzlich wäre dagegen nichts einzuwenden, denn der Staat braucht Geld und er soll den Produktionsgewinn und den Großhändlergewinn für sich behalten und die Bürger nicht mit Steuern überlasten. Leider Gottes hält sich der Staat nicht an diese Grundsätze, denn er schreibt sehr hohe Produktionspreise und nebstdem auch sehr hohe Steuern den Bürgern vor, die dann rücksichtslos eingetrieben werden.

Das was der Staat produziert, dürfen die Bürger nicht produzieren. Mithin besitzt der Staat hier ein Monopol.

Die Monopolstellung ist sehr verlockend für die Ausnützung der günstigen Situation zum Nachteil der Verbraucher.

In einem demokratisch regierten Staat, haben die Bürger die Möglichkeit sich gegen die Ausnützung zu wehren, denn über die staatlichen Monopole entscheidet das Parlament. Wohl haben wir auch den Sejm, aber der Sejm konnte bis jetzt die Ausnützung der Bürger durch die Staatsmonopole nicht verhindern. Dabei haben die Monopole den Bogen mit der Preisdiktatur weit überspannt. Das Salzmonopol mußte die Wahrnehmung machen, daß ein großer Teil der Bürger aufs Salz verzichten mußte. Dieselbe Wahrnehmung hat das Spiritusmonopol und das Tabakmonopol gemacht. Hier wurde der Bogen ebenfalls überspannt. Der Tabakkonsum und Spirituskonsum sind zurückgegangen und die Monopoldirektionen haben sich veranlaßt gesehen, die Preise wenigstens ein wenig zu lockern. Das ist natürlich sehr spät erfolgt und der Preisabbau ist viel zu gering, aber die Tatsache allein, daß die beiden Monopole gezwungen wurden, mit den Preisen herunterzugehen, besagt, daß man hier auf den Konsum überhaupt keine Rücksicht nimmt, sondern preßt aus ihm die letzten Säfte aus. Das ist es gerade, was bei der Gründung der Monopole verhindert werden sollte.

Am rücksichtslosesten geht das Zündholzmonopol vor.

Gut ein Drittel der polnischen Bürger, hat auf den Kauf der Streichhölzer gänzlich verzichten müssen, weil der Preis unerschwinglich ist. Die Bauern sind zu dem

Zündstein zurückgekehrt

bezw. mehrere Bauerngehöfte kaufen eine Schachtel Streichhölzer zusammen, um früh das Feuer anzumachen. Ein Bauer macht in seinem Ofen das Feuer an und das brennende Holz wird von den Nachbarsleuten geholt und damit im Ofen das Feuer angemacht. Man muß sparen, sagen die Bauern, weil die Streichhölzer viel zu teuer sind.

In der Zeit der größten Not hat das Zündholzmonopol die Preise um 30 Prozent gesteigert,

indem die ganz kleinen Schachteln eingeführt wurden. In diesen Schachteln ist kaum die Hälfte der Streichhölzer darin, wie in den größeren. Die Kaufleute drücken diese Schächtelchen den Konsumenten in die Hand zu demselben Preis wie die großen Schachteln. Die Klagen der Streichholzkonsumenten wurden immer lauter und da die Herrn im Streichholzmonopol sehr schlau sind, haben sie die sogenannten „Impregnowane" Streichhölzer auf den Markt geworfen. Es sind das etwas größere Schachteln, als die ganz kleinen, aber sie sind kleiner als die anderen.

In diesen Schachteln sind um 5 Streichhölzer weniger

als in den früheren größeren Schachteln.

Dadurch wurde der Preis um 10 Prozent wieder erhöht im Vergleich zu den alten Preis.

Diese Machinationen haben selbst im Regierungsblock große Verstimmung erweckt und die Sejmabgeordneten des Regierungsklubs haben im Sejm der Regierung Vorwürfe gemacht, daß sie in der Zeit der größten Not, eine solche Ausnützung der Konsumenten billigt. Diese Kritik ist sehr am Platze, denn eine Preiserhöhung in der größten Not, wirkt die Preiserhöhung wie eine Provokation.

Wir haben die niedrigsten Löhne, dafür haben wir die höchsten Kohlenpreise, die höchsten Eisenpreise, die höchsten Naphthapreise, die höchsten Zuckerpreise, die höchsten Obstpreise, die höchsten Reispreise, die höchsten Zündholzpreise usw.

Deshalb sind wir, wenn von Rumänien abgesehen wird, das ärmste Volk in Europa, obwohl alle Voraussetzungen vorhanden sind, daß das nicht sein muß und daß wir wirtschaftlich nicht schlechter gestellt sein müssen, wie beispielsweise die Tschechoslowakei.

Noch vor einigen Jahren, haben die Monopole rund 1 Milliarde als Ueberschuß an die Regierungskasse abgeführt. Das konnten sie vermöge der hohen Preise machen, als das Volk noch nicht so sehr ausgepumpt war. Nun sind diese herrlichen Zeiten vorüber. Wohl hat die Regierung auch in dem neuen Budgetjahre eine Einnahme aus den Monopolen von über einer halben Milliarde vorgesehen, aber das ist nicht ganz sicher, denn die Umsätze der staatlichen Monopole gehen bedenklich zurück.

Das Tabakmonopol soll an die Staatskassen 350 Millionen Zloty abführen,

aber daran glauben nicht einmal die Optimisten. Das Spiritusmonopol soll 230 Millionen Zloty einbringen. Die Vorräte an Spiritusproduktion sind so groß, daß sie noch für zwei Jahre ausreichen, ohne, daß davon etwas produziert werden braucht.

Die Verwaltungskosten in allen staatlichen Monopolen sind unglaublich hoch,

die selbst vom Sanacjaklub im Sejm sehr gerügt wurden. Wohl hat man in den Monopolen die Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter gekürzt, aber die Zahl der Direktoren ist dort groß und die Wirtschaft unberechenbar. Das Spiritusmonopol hat einen

sehr ungünstigen Lieferungsvertrag für die Flaschen abgeschlossen,

gegen den im Sejm Sturm die Abgeordneten liefen. Gewiß kann sich die Regierung in alle Dinge nicht hineinmischen, aber sie kann doch die Richtlinien für die Monopole festsetzen und vor allem die Preise abbauen, denn diese Preise ruinieren uns wirtschaftlich.

Gräßlicher Unglücksfall auf der Deutschlandgrube

Unterirdisch hat sich gestern auf der Deutschlandgrube ein tragischer Unglücksfall ereignet, wobei Menschenleben zu beklagen sind. Durch herabstürzende Kohlenmassen wurden zwei Arbeiter, Heinrich Drescher aus Schwientochlowitz und Johann Marzinkowski zugeschüttet. Die sofort eingeleiteten Bergungsarbeiten ergaben, daß Drescher bereits tot war. Marzinkowski konnte noch lebend geborgen werden. Er hat jedoch zahlreiche Wunden am ganzen Körper davongetragen und sein Zustand ist bedenklich.

Betr. An- und Abmeldepflicht von Angestelltenversicherten

Die schlesische Handelskammer gibt bekannt, daß nach den neuen Abänderungsbestimmungen zum Angestelltenversicherungsgesetz vom Arbeitgeber Nachstehendes zu beachten ist: Die Angestelltenversicherungsanstalt ist fristgemäß bis zum 10. Tage des jeweils folgenden Kalendermonats von dem Aufhören der Versicherungspflicht des Angestellten zu benachrichtigen. Die Versicherungsanstalt ist ferner von allen Aenderungen, die im Laufe des verflossenen Kalendermonats (Dienst- und Familienverhältnisse des Angestellten) eintreten, in der vorgeschriebenen Frist zu verständigen. y.

Kattowitz und Umgebung

Im Park Kosciuszki erhängt aufgefunden. In den Morgenstunden des Montags wurde im Park Kosciuszki der Arbeiter Emil Edward Sowada von der ul. Dombrowskiego 3 aus Kattowitz erhängt aufgefunden. Der Tote wurde in die Leichenhalle des städtischen Spitals überführt. Das Motiv zur Tat ist unbekannt. y.

Aus dem Hinterhalt mit einem Messer verletzt. In den gestrigen Mittagsstunden wurde in der Hauseinfahrt ulica Mlynska 14 in Kattowitz der dort wohnhafte Maximilian Tatura von einem unbekannten Täter hinterrücks angefallen und durch Messerstiche erheblich verletzt. Es erfolgte die Einlieferung mittels Auto der Rettungsbereitschaft nach dem städtischen Krankenhaus. Nach dem Messerhelden wird polizeilicherseits gefahndet. y.

Diebe an der „Arbeit". Mittels Nachschlüssel drangen unbekannte Täter in die Wohnung des Fleischermeisters Alexander Grabowski ein und stahlen dort u. a. Fleischwaren, sowie aus einer Geldkassette einen Geldbetrag. Die Polizei hat weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit eingeleitet. — In der Nähe des Kaffees „Coros" auf der ul. Kosciuszki in Kattowitz wurde von einem unbekannten Täter ein gewisser Edward Mikosz angehalten und um Feuer gebeten. Plötzlich stülpte der Fremde dem Ueberfallenen die Mütze über die Augen. Daraufhin entwendete der Spitzbube dem Mikosz eine Brieftasche mit 60 Zloty, sowie verschiedene Dokumente. — Festgenommen wurden in Kattowitz Wochenmarkt die beiden Spitzbübinnen Gertrud Wiora und die Marie Wallach. Beide Frauen sind der Polizei als Diebinnen nicht unbekannt. r.

Kirchendiebstahl in Bogutschütz. Von Sonntag auf Montag haben sich Kirchendiebe in die Bogutschützer Pfarrkirche eingeschlichen. Sie haben es auf die Sammelbüchsen abgesehen, die sie auch erbrochen haben. Ihre Enttäuschung war aber groß, denn die Büchsen waren leer. Der Pfarrer hat sie schon vorher geleert und es blieb für die Diebe nichts mehr übrig.

Eichenau. (Ist das notwendig.) Trotz Tränengas, Hunden und Gummiknüppel, können es die armen Arbeitslosen doch nicht lassen, etwas Kohle für den spärlichen Haushalt aus den Biedaschächten zu holen. Die Polizei hat stets eine Beschäftigung und braucht nicht zu befürchten, daß einige von ihrer Mannschaft auf Turnusurlaub geschickt werden. Man kann auch bei der Polizei seine Tüchtigkeit beweisen, aber nicht in einer solchen Form, wie es manche Polizeibeamte aus Mala-Dombrowka tun. Gehen da einige arme Schlucker mit einem Sack Kohle auf dem Rücken. Als sie den Polizeibeamten Bielik erblickten, warfen sie die Säcke weg und liefen davon, weil sie Angst vor dem Gummiknüppel hatten. Da der die Sünder nicht erwischt hat, zerriß er die Säcke und warf sie weg. Einen stehenden kleinen Handwagen hat der Beamte unbrauchbar gemacht. Eine solche Handlungsweise ist von einem Polizeibeamten doch nicht nötig. Er muß doch wissen, daß ein Handwagen für den Arbeitslosen ein Wertobjekt bedeutet. Wir betrachten so etwas als Sachbeschädigung im Strafkodex auch als Vergehen vorgemerkt. Wir wollen hoffen, daß der Polizeibeamte eine solche Handlungsweise unterläßt, denn Arbeitslose sind auch Menschen.

Königshütte und Umgebung

Eine Generalkontrolle der Arbeitslosen.

Auf Grund mancher Zutragungen, wonach auf Veranlassung des Arbeitslosenamtes durch die städtische Polizei bei allen Erwerbslosen eine Kontrolle vorgenommen wird, und dabei auch nach der Verbandszugehörigkeit gefragt werden soll, begaben sich gestern die Genossen Kuzella und Mazurek zum Leiter des Arbeitsnachweises, Inspektor Janczek, um ihn in dieser Angelegenheit über die Richtigkeit bezw. Zutreffenheit zu befragen. Der Leiter des Arbeitsnachweises gab die Erklärung, daß auf Anordnung des Ministeriums bezw. der Wojewodschaft eine Generalkontrolle aller Erwerbslosen angeordnet worden ist und nur allein zur Feststellung von Renten, anderen Einnahmen usw. dient. Ganz besonders wird diese Kontrolle auch deshalb durchgeführt, weil es sich herausgestellt hat, daß verschiedene Personen, die bemittelt sind, Kartoffeln, Kohle und zum Teil auch Geldunterstützungen abgehoben haben. Und um diesen Mißbrauch auszuschalten, werden die Feststellungen gemacht. Von einer Rubrik betreffend die Ausfrage über die Gewerkschaftszugehörigkeit, sei ihm nichts bekannt und sei als völlig aus der Luft gegriffen. k.

Wie steht es mit der Kohlenbelieferung? Streng und hart hat der Winter eingesetzt. Ein großer Teil unserer Bevölkerung, die Erwerbslosen, Witwen und Waisen besitzen nicht ein Stückchen Kohle, um sich zu erwärmen. Erkältungskrankheiten aller Art sind die Folgen, weil unsere Behörden sich noch nicht entschlossen haben, die restliche Kohlenverteilung anzuordnen. Wie ein Hohn klingt es, wenn im Walde der Kohlen es heute Menschen gibt, die frieren müssen, während anderweitig die gestapelten Kohlen auf den Halden lagern, zu Staub werden oder gar verbrennen, anstatt sie unter die Armen und Bedürftigen zu verteilen. Vielleicht begründet man dieses auch mit der göttlichen Weltordnung. Hoffentlich genügen die paar Zeilen, um das bis heute Unterlassene schnellstens nachzuholen, bevor schlimmere Folgen eintreten. Oder will man etwa bis zum Frühlingsanfang mit der weiteren Versorgung warten? k.

„Karneval im Eispalast“. Unter diesem Titel veranstalten die Königshütter Kulturvereine am Sonnabend, den 4. Februar, in den Räumen des Volkshauses, ein Faschingsvergnügen. Einladungen erhält man noch im Volkshaus, Zimmer 3. Mitglieder der Partei, der freien Gewerkschaften und Kulturorganisationen haben Preisermäßigung. Erscheint alle zu einigen frohen Stunden, die einmal den grauen Alltag vergessen machen sollen!

Der Zwischenfall im Rathaus vor Gericht. Am 19. Dezember v. Js. sollte im Königshütter Rathaus der Schlichtungsausschuß tagen. Auf dem Wege zu dieser Sitzung wurde der Direktor der Bismarckhütte, Dr. Poniecki, im Hausflur des Rathauses von einem Arbeitslosen angefallen und geschlagen. Als Täter wurde der Edward T. aus Schwientochlowitz ermittelt, der sich gestern wegen dieser Ausschreitung vor dem Burggericht in Königshütte zu verantworten hatte. Nachdem der Angeklagte erklärte, daß er die Tat in der Erregung über seine Entlassung begangen hat, machte der Richter den Vorschlag einer Einigung. Direktor P. erklärte sich mit einer Abbitte einverstanden, worauf das Verfahren niedergeschlagen wurde. k.

Siemianowitz

Jahresversammlung des Siemianowitzer Volkschors „Freie Sänger“.

Mit der gestern abgehaltenen Generalversammlung hat der Siemianowitzer Volkschor eines seiner erfolgreichsten Geschäftsjahre seit seinem Bestehen abgeschlossen. Trotz der schweren Wirtschaftslage konnte sich die Arbeitersängerbewegung dank der intensiven Arbeit von Vorstand und Mitgliedern über Erwarten gut entwickeln und hat reiche Früchte getragen.

Aus dem Verlauf der Versammlung: Um 6 Uhr abends eröffnete der 1. Vorsitzende Sangesbruder Pospiech die Generalversammlung, begrüßte die fast vollzählig erschienenen Mitglieder und Gäste, worauf vom Chor zwei Begrüßungslieder gesungen wurden. Vor der Bekanntgabe der Tagesordnung wurden die seit der letzten Versammlung neu eingetretenen Mitglieder eingeführt. Die Tagesordnung wies folgende Punkte auf: 1. Protokoll, 2 Berichte,, a) des Schriftführers, b) des Kassierers, c) der Kontrollkommission und des Notenwarts. 3. Referat des Vorsitzenden über Zweck und Ziel der Arbeitersängerbewegung. 4. Entlastung des Gesamtvorstandes. 5. Neuwahl des Vorstandes und 6. Anträge zur Generalversammlung. Einen überaus erfreulichen Jahrestätigkeitsbericht konnte der Schriftführer geben. Wegen des umfangreichen Materials sollen hier nur die nackten Zahlen angeführt werden. Im vergangenen Geschäftsjahr wurden abgehalten: eine Generalversammlung, 10 Monatsversammlungen, 63 Chorproben mit insgesamt 3450 Probenbesuchern, 4 Konzerte mit zusammen 15 400 Besuchern, 5 Theaterveranstaltungen einschließlich der Weihnachtsfeier mit zusammen 1750 Besuchern, und 4 geselligen Veranstaltungen mit rund 1350 Besuchern.

Außerdem beteiligte sich der Volkschor an Konzertveranstaltungen des Bundes und der Brudervereine Myslowitz, Bismarckhütte, Murcki sowie an Veranstaltungen der Partei, Gewerkschaft, Arbeiterwohlfahrt und der anderen Kulturvereine innerhalb und außerhalb von Siemianowitz mit einer Gesamtmitgliederzahl von 340 Sängern. Außer den offiziellen Veranstaltungen wurden während der Sommermonate regelmäßig Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung mit guter Beteiligung unternommen. Zum Schluß des Geschäftsberichtes wurde in anerkennenden Worten auch des Dirigenten Herrn Lothar Schwierholz gedacht, welcher sich durch seine vorbildliche Arbeit um das Aufblühen des Vereins verdient gemacht hat. Der Kassenbericht spiegelt nicht die restlose Vereinstätigkeit wieder, da die Eintrittspreise zu den einzelnen Veranstaltungen immer der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes angepaßt werden mußten, was manchmal ein Defizit verursachte. Trotzdem gibt der Kassenbestand zu Besorgnissen keinen Anlaß und bei vorsichtiger Kassenwirtschaft wird es dem Verein bestimmt gelingen, auf der Höhe zu bleiben. Die Mitgliederzahl ist seit der letzten Generalversammlung bedeutend gestiegen und reicht fast an 100 heran. Im Schlußreferat erläuterte der erste Vorsitzende Zweck und Ziel der Arbeitersängerbewegung, wie es kurz im Bundesstatut angedeutet ist. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Mitglieder die Mitwirkung mit den Arbeiterparteien und Gewerkschaften im Kampf um bessere Lebensbedingungen als eine Hauptaufgabe betrachten müssen. Zu diesem Zwecke sollen sie nach Möglichkeit den soz. Parteien, den freien Gewerkschaften als Mitglieder beitreten, sowie für ihre Weiterbildung die Einrichtungen des Bundes für Arbeiterbildung in Anspruch nehmen und als Tageszeitung die Arbeiterpresse, den „Volkswille“ lesen. Nachdem von der Kontrollkomission der Revisionsbericht gegeben wurde, stellte der 1. Revisor nach Worten des Dankes an den alten Vorstand den Antrag auf Entlastung des gesamten Vorstandes, welche einstimmig erteilt wurde. Hierauf wurde vom ältesten Sangesbruder die Neuwahl vorgenommen. Aus der Wahl ging mit einer unwesentlichen Aenderung der bisherige Vorstand hervor, ein Zeichen, daß die Arbeit der bisherigen Vorstandsmitglieder zufriedenstellend war.

Im letzten Punkt wurden dann noch eine Reihe von Anträgen eingebracht und erledigt und die Generalversammlung mit einem Liede geschlossen. Die Mitglieder und Gäste blieben nach der Versammlung noch einige kurze Stunden bei anregender Unterhaltung beisammen. =o=

Glück im Unglück. Die Not und strenge Kälte zwingt die Arbeitslosen, trotz Polizeiverbot und Verfolgung, immer noch ihr Brennmaterial aus den Notschächten zu holen. Da nun die Polizei scharf auf dem Posten ist, ist natürlich die Kohlenförderung wesentlich zurückgegangen und mit ihr auch die vielen Unglücke, welche sich tagtäglich noch im vergangenen Sommer ereigneten. Doch die Not treibt die Arbeitslosen immer wieder an die gefährlichen Löcher und dies hat Ende vergangener Woche wiederum zu einem Unglück geführt, dem eine größere Gruppe von Arbeitslosen und mit knapper Not entrinnen konnte. Auf dem Terrain nahe der Fannygrube senkten sich allmählich einige ausgebeutete Schächte, während die Arbeitslosen sich in der Tiefe befanden. Es gelang allen, an die Oberfläche zu gelangen. Kurz darauf stürzte ein Teil des Geländes ein und verschüttete das ganze Werkzeug sowie die Fördereinrichtung. Die Polizei verschärfte darum die Maßregeln zur Verhütung weiterer Unglücke. —o.

Ein wertvoller Hund überfahren. In Baingow wurde von einem durchfahrenden Personenauto ein wertvoller Schäferhund überfahren und getötet. Das Auto konnte nicht festgestellt werden. —o.

Unfall beim Sport. Auf dem Sportplatz 07 stürzte der Fußballspieler Nowak so unglücklich, daß er einen Beinbruch erlitt. Der Verletzte wurde ins Lazarett überführt. —o.

Einbruch. Auf dem Sportplatz 07 ist vergangene Woche ein Einbruch verübt und verschiedenes Gerät dabei gestohlen worden. —o.

Ein Gewerbegericht für Siemianowitz? Wie wir aus Verbandskreisen erfahren, bemühen sich mehrere Verbandsorganisationen um die Einrichtung eines Gewerbegerichts in Siemianowitz. Die vielen Streitfälle, die beiden Teilen enorme Unkosten und Zeitversäumnis verursachen, sollen dann in Siemianowitz zur Verhandlung kommen. Hoffentlich schenkt die Wojewodschaft dieser dringenden Bitte Gehör. m.

Siemianowitzer Kommunalbeamte fordern Gehaltsaufbesserung. Dieser Tage haben die Siemianowitzer Kommunalbeamten ein Bittschreiben an den Magistrat um Beförderung in die erste Ortsklasse gerichtet. Begründet wird das Gesuch damit, daß Siemianowitz zur Stadt ernannt wurde und daher die Einreihung in die höhere Ortsklasse am Platz erscheint. Man ist neugierig wie der Magistrat in dieser Angelegenheit entscheiden wird. m.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Ein „freundschaftlicher“ Empfang beim Pfarrer Otremba.

Ein Arbeiter aus Wielkie Hajduki berichtet uns über seinen „Empfang“ im Pfarramte in Schwientochlowitz, beim Pfarrer Otremba. Der betreffende Arbeiter begab sich zum Pfarramt, um dort den Taufschein für seine Frau einzufordern. Er wandte sich im freundlichen Ton und bat den Sekretär um Ausstellung des Taufscheines. Auf die Frage, wozu er den Taufschein brauche, entgegnete der Arbeiter wahrheitsgemäß, um aus der Kirche auszutreten. Das brachte den Sekretär aus dem Häuschen, der da sagte, daß er für solche Zwecke nicht hier sitze, um Taufscheine auszustellen. Daraufhin wollte der Arbeiter zum Pfarrer gehen, wurde aber nicht vorgelassen. Schließlich sagte man ihm, er solle am Freitag kommen, wenn er den Pfarrer sprechen will. Das tat auch der Arbeiter und kam am Freitag wieder. Man ließ ihn zuerst eine volle Stunde warten, bis sich der Herr Pfarrer bequemte mit dem Interessenten zu sprechen. Nun kam der Herr Pfarrer endlich heraus, erwischte den Interessenten am Arm und schob ihn zu der Eingangstür hinaus, ohne ein Wort zu sagen. Als der Arbeiter von dem „verlorenen Sohn“ zu reden anfing, rief Pfarrer Otremba die Schreiberseele zur Hilfe und befahl ihm, den Interessenten auf die Straße hinauszuschmeißen. Mit Feuereifer ging die Schreiberseele an die Arbeit und der Arbeiter wäre beinahe die Treppe hinuntergestürzt, obwohl er sich die ganze Zeit ruhig und taktvoll benommen hat. Die Pfarrämter werden durch die Steuergelder ausgehalten und sind dazu da, um die Urkunden auszustellen. Dafür werden sie bezahlt. Dieser Fall beweist, daß sie ihre Aufgabe ganz anders auffassen. Wer Geld bringt, wird empfangen, und wer sein Recht fordert, wird herausgeschmissen. Wir haben bis jetzt noch nicht gehört, daß ein Interessent, der die Kirchensteuer mitbringt, ähnlich wie der Arbeiter auf die frische Luft gesetzt wurde.

Bismarckhütte. (Gewerbegericht.) Am Freitag vergangener Woche fand am Gewerbegericht für den Kreis Schwientochlowitz der Termin, zwecks Bezahlung des Tarifurlaubes und der Kohle während der Turnusbeurlaubung, zwischen dem Betriebsrat und der Direktion der Bismarckhütte, statt. Die Arbeiterschaft sah dem Termin voller Hoffnung entgegen, nachdem die zwei vorangegangenen Termine zu ihren Gunsten standen. Leider erwies sich diese Hoffnung als trügerisch, denn beim dritten Male entschied das Gericht zugunsten der Bismarckhütte. Gegen das Urteil wurde sofort Berufung eingelegt, da das Gericht nur die Zeugen der Bismarckhütte verhörte und das Verhör der Zeugen von Arbeitnehmerseite, außer einem, ablehnte. s.

Pleß und Umgebung

„Polizeibeamte“ als Banditen.

In den späten Abendstunden des vergangenen Sonnabends drangen 6 maskierte Banditen in die Hofanlage des Landwirts Franz Laskot in der Ortschaft Kopanine ein. Die Banditen waren mit Schußwaffen versehen. Während drei in der Hofanlage zurückblieben, begaben sich die anderen drei Räuber in die Wohnung des Landwirts. Dort gaben sich diese als Polizeibeamte aus und führten aus, daß gegen den Wohnungsinhaber Verdacht vorliege, daß er Flugschriften kommunistischen Inhalts aufbewahre. Der verdutzte Landwirt beteuerte, daß er keine derartigen Flugblätter in seinem Hause aufbewahre. Trotzdem durchsuchten die drei Banditen etwa 2 Stunden hindurch die vier Wohnzimmer. Ob Geld geraubt worden ist, konnte zur Stunde nicht festgestellt werden. Daraufhin verschwanden die Räuber. Die Polizei wurde von dem Raubüberfall in Kenntnis gesetzt und fahndet nach den Tätern. r.

Nikolai. (Das Arbeitslosenkomitee interveniert) Am Sonnabend war das hiesige Arbeitslosenkomitee beim Bürgermeister, um wegen der zweiten Unterstützungsrate für Monat Januar, zu intervenieren. Dieser Monat geht nämlich zur Neige, und die erste Rate der Arbeitslosenunterstützung gelangte erst am 20. Januar zur Auszahlung. Obwohl die Unterstützungssätze, 1 bis 8 Zloty für 14 Tage, geradezu himmelschreiend sind, ist doch die Absicht zu erkennen, weitere Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeitslosen durchzuführen. Durch den Hinweis auf die Zuschlagsrate für Monat Dezember, welche Anfang Januar zur Auszahlung gelangte, will man scheinbar auf die zweite Januarrate verzichten, was sich aber die Arbeitslosen nicht gefallen lassen werden, und darum die Intervention beim Bürgermeister einreichen ließen. Nun ist es natürlich fraglich, wieweit diese berücksichtigt wird, denn die Sanierung geht leider auf dem Rücken der Aermsten vor sich. Die Intervention bezog sich auch auf das Abarbeiten der Arbeitslosenunterstützung, weil die Arbeitslosen, infolge der langen Krise, an Schuhwerk und Kleidung erschöpft sind und dieser Kälte nicht standhalten. Der Magistrat fordert für 4 Zloty, volle 8 Stunden in der Frostzeit Schnee wegzuräumen oder Eis zu hacken, was zu leisten unmöglich ist. Der Bürgermeister anerkannte die genannten Forderungen und versprach Abhilfe insofern, als bei der Wojewodschaft bereits ein solcher Beschluß gefaßt wurde, welcher den Gemeinden aber noch nicht zugestellt worden ist. Hoffentlich werden aber die berechtigten Wünsche der Arbeitslosen auf dem schnellsten Wege erfüllt. —ero.

Rybnik und Umgebung

Ein neuer Gaunertrick.

In dem Geschäft des Czeslaw Berga auf der ulica Sobieskiego in Rybnik erschien ein etwa 40jähriger junger Mann und verlangte Waren für 4 Zloty. Der Unbekannte zahlte mit einer 100-Zloty-Banknote, worauf ihm die Kassiererin einen 50-Zlotygeldschein, sowie den Rest in kleineren Banknoten auszahlte. Der Gauner nahm das Geld an sich, gab jedoch aber bald darauf an, daß sich die Kassiererin getäuscht haben müsse und ihm statt einer 50-Zloty-Banknote lediglich einen 20-Zloty-Geldschein ausgehändigt habe. Die Kassiererin schöpfte auch keinen Verdacht und zahlte an den Betrüger weitere 30 Zloty aus. Daraufhin verließ der Unbekannte das Geschäft. Erst später und zwar bei der Kassenabrechnung bemerkte die Kassiererin den Verlust von 30 Zloty. Nach dem Gauner wird polizeilicherseits gefahndet. t.

Theater und Musik

„Die Nacht zum 17. April“.

Schauspiel in 5 Bildern von **Ludwig Zilahy.**

Mit äußerst geschickter Feder zeichnet der Verfasser Geschehnisse in diesem Stück, welches, wenn man die psychologische Seite außeracht lassen würde, zu einem Sensationsstück mittlerer Sorte abgleiten würde. Aber in straff logischem Aufbau, mit geradezu bewundernswerter Einfühlung, reiht sich hier Schicksal an Schicksal, geht jeder dieser ins Treiben geratene Charaktere, seinen Weg, ob des Rechts, des Unrechts, der Schuld oder der Unschuld. Der Schriftsteller hat eine ausgezeichnete Art, die Menschen darzustellen, nur wenige Worte genügen, um seinen Wert erkennen zu lassen. Alles, von der harmlosen Fröhlichkeit des Anfangs bis zur tragischen Schlußziehung der Ereignisse, hat seine Gültigkeit und Daseinsberechtigung. Zilahy meistert diese Schicksale und läßt seine Menschen dorthin gehen, wo das eherne Gesetz der Entwicklung sie hinzwingt. Aus diesem Grunde ist alles in diesem Stück menschlich fühlbar, aus diesem Grunde ist es keine Sensationsanhäufung, sondern echtes, wenn auch schwer verkettetes Leben. Auch ein wenig Humor ist bei einigen Typen mitverflochten, so daß die Situation nicht ganz grau in grau, wie üblich bei Schauspielen, erscheint.

Besonders, obwohl verschiedene Probleme nebeneinander laufen, ist auch der Typ der modernen Mädchen aufgezeigt, die ihren Weg, auch den des scheinbaren Unrechts, mit Naturnotwendigkeit gehen, begründet mit der berechtigten Frage, warum denn nur alles den Jungens erlaubt ist. Auch die Opferwilligkeit der Mutter ist dem modernen Mädchen peinlich, es will für seine Taten selbst zeugen. Das ist schon ein nicht zu übersehendes Problem, gipfelnd in dem Vorwurf gegen die Eltern, daß dieses Leben des Wohlseins und der Geborgenheit unnütz sei, also, eine soziale Frage [illegible]. Schade, daß Zilahy nicht mehr davon ausgeführt hat, die knappen Andeutungen in den letzten Zügen des Schauspiels anregen erst zur Problematik. Auch die Fragen der Gesetzlichkeit, der Gerichtsbarkeit oder der verschiedenen Lebensanschauungen, z. B wie Marietta den Bruch mit dem Schauspieler motivierte, „weil er sie zu seiner Sensation brauchte“, die Tochter des ehemaligen Ministers, das sind feine Fäden, welche ineinander greifen und im Leben doch eine große Rolle spielen können. Jedenfalls hat „Die Nacht zum 17. April“ alle Erwartungen übertroffen, denn, anstatt eines sensationellen Revolverstücks, sah man Leben und erlebte Menschenschicksale von heute — und morgen.

Die Aufführung selbst war mustergültig. Sie rechtfertigte wieder einmal den ausgezeichneten Ruf unseres Ensembles. **Anne Marion** als Frau von Keller schöpfte aus dieser vielgestaltigen Rolle alle nur erdenklichen Möglichkeiten aus und erfreute durch hinreißendes Spiel, immer die psychologische Linie wahrend. **Eva Kühne** verkörperte die Marietta in knapper, bestimmter Art, sehr lebensnah und doch ein Problem, auch auf der Bühne. So muß sich Zilahy dieses Mädchen, auch in der Erscheinung, gedacht haben. **Fritz Hofbauer** verlieh dem Baron Keller alle Steigerungen, welche dabei möglich waren. Seine vornehme Weise, bis zur jähen Erkenntnis der Tragödie in seinem eigenen Hause, zeigt die rechte Auflockerung in Sprache und Bewegung. Sehr eindrucksvoll gestaltete **Alois Herrmann** den Regierungsrat, desgleichen **Hans Korngiebel** den später erschossenen Gabriel. Aus der Fülle der Mitwirkenden seien herausgenannt: **Ruth Puls**, das kleine Mädchen, **Fritz Hartwig**, ein Musterportier, **Lotte Fuhst** als Frau Hollbusch und **Georg Saebisch**, Diener. **Florence Werner** schien die Rolle der Jolanthe trefflich zu stehen. Allen sonstigen Darstellern das beste Lob. **Gustav Bartelmus** führte ausgezeichnet Regie. **Faindls** Bühnenbilder ließen wirklich nichts zu wünschen übrig, sogar der Aufzug funktionierte ohne Tadel.

Das Publikum war sichtlich gespannt und interessiert und dankte den Künstlern am Schluß durch lebhafte Ovationen. A. K.

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Fragen, die nicht beantwortet werden.

Auf der Donnerstagsitzung der Budgetkommission des Warschauer Sejm wurden bei den Beratungen über das Postbudget an den Postminister folgende Fragen gerichtet:

1. Ein Abgeordneter des B.-B.-Klubs frägt an, ob es der Wahrheit entspricht, daß der Generaldirektor des polnischen „Radiodienstes“ 100 000 Zloty jährlich bezieht, während der ganze Eingang nur 74 000 Zloty beträgt

2. Ein nationaldemokratischer Abgeordneter frägt an, wieso man von der Post einen Reingewinn von 25 Millionen ausweisen kann, wenn 7 Monate, April bis Oktober l. J. mit einem Defizit von 7 Millionen abschlossen.

3. Derselbe Abgeordnete fragte an, ob es den Tatsachen entspreche, daß der Zusammensteller der Programme des „polnischen Radio“ 2 oder 3000 Zloty monatlich erhält, trotzdem er als aktiver Offizier sein Offiziersgehalt bezieht.

Auf diese Fragen gab der Postminister keine Antwort, es ist daher ein Beweis; daß die angegebenen Zahlen richtig sind. Dagegen antwortete der Minister auf eine Anfrage des Abgeordneten Genossen Reger sofort, als derselber anfragte, ob es ihm bekannt sei, daß private Postsendungen mit dem Vermerk versehen werden: „Portofreie Dienstsache!“

Bekanntlich wurde eine Werbeflugschrift des „Strzelec“ in Kuverts mit dieser Aufschrift verschickt. Der Minister erwiderte, daß überall Uebergriffe vorkommen, den Stempel „Portofreie Dienstsache“ hat der Gerichtsdiener und nicht der Bezirkshauptmann auf das Kuvert gedrückt.

Wenn auf einem Teil des Budgets schon soviel — sagen wir einmal — Unzukömmlichkeiten vorkommen, wie mag es erst bei den anderen Ressorts ausschauen! — **Wo ist hier die genaue Kontrolle über die Verwendung von Steuergeldern?**

Aus der Theaterkanzlei. Heute wird im Abonnement der Serie gelb das Schauspiel von E. G. Kolbenheyer „Das Gesetz in dir“ zur Aufführung gebracht. Mittwoch, den 25. Januar ist die Premiere des lustigen und melodienreichen Singspielen von Leo Ascher „Frühling im Wienerwald“. Abonnement Serie blau. Die Sonntag-Nachmittag-Vorstellung der Eysler-Operette „Die goldne Meisterin“ war wieder von stürmischem Erfolg begleitet. Viele Theaterfreunde mußte jedoch, da sie die gewünschten Karten nicht mehr bekommen konnten, unverrichteter Dinge die Kasse wieder verlassen. Vielfachen Wünschen entprechend findet daher Sonntag, den 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, eine nochmalige und damit allerletzte Aufführung der „Goldnen Meisterin“ statt. Besonders die auswärtigen Theaterbesucher seien darauf heute schon aufmerksam gemacht. Abends desselben Tages geht außer Abonnement das Singspiel „Frühling im Wienerwald“ in Szene. In Vorbereitung befinden sich die Komödie von Paul Eger „13 bei Tisch“ und der große Welterfolg „Im weißen Röß'l.“

Unfall beim Skifahren. Am Samstag, den 21. d. Mts. stürzte der 22 Jahre alte Suchan Franz aus Komrowitz beim Skifahren in Wilkowic unweit des Sanatoriums, daß er sich innere Verletzungen zuzog. Er mußte ins Bialaer Spital geschafft werden.

Brand. Am 22. d. Mts. brach gegen 7 Uhr früh im Hause des Dr. Viktor Burda in Bielitz, Hauptstraße Nr. 10, infolge Kurzschlusses ein Brand aus, der von der alarmierten Feuerwehr gleich im Anfangsstadium gelöscht wurde. Es wurde lediglich eine vom Vorhaus in ein Magazin führende Tür durch das Feuer beschädigt. Der Schaden beträgt gegen 300 Zloty.

Betrug und Diebstahl. Am Samstag, den 21. d. Mts., nachmittags gegen ½2 Uhr, kam ein Unbekannter zu der 13jährigen Aniela Piatkowna aus Mikuschowitz, welche am Bielitzer Ring Eier zu verkaufen hatte. Der Unbekannte erbot sich, ihr 8 Stück abzukaufen, nur müsse sie ihm dieselben bis in die Wohnung tragen, wo er ihr auch bezahlen werde. Er lockte das Mädchen in ein Vorhaus am Zennerberg Nr. 2 und verlangte 9,20 Zloty als Herausgabe von einem 10-Zloty-Stück, welches er ihr vorzeigte. Als ihm das Mädchen die 9,20 Zloty aufgezählt hatte, nahm der Unbekannte das 10-Zlotystück und das herausgegebene Kleingeld und verschwand in den Seitengassen.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 18. d. Mts. drangen unbekannte Täter durch das Strohdach im Wohnhause des Paul Kukla in Nieder-Kurzwald ein, wo sie gegen 40 Kilogramm geräucherten Speck und Bettüberzüge stahlen. Der Gesamtschaden beträgt gegen 80 Zloty. Der Geschädigte machte erst die Anzeige am 21. d. Mts.

Bezüge, die trotz Wirtschaftskrise nicht gekürzt werden.

In Deutschland wurden im letzten Jahr die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der unteren Angestellten wiederholt gekürzt, eine Notverordnung der Regierung Brüning und eine weitere Notverordnung der Regierung Papen erzwangen solche Kürzungen. Ganz anders wurden die Gehälter der Generaldirektoren und Direktoren behandelt. — Keine Regierung traute sich, auch diese, teilweise an astronomische Zahlen heranreichende Einkommen ebenfalls durch eine Notverordnung anzugreifen. Das einzige, was die Regierung Brüning wagte, war eine Vorschrift, durch die die Aktiengesellschaften zur Veröffentlichung ihrer Verwaltungskosten verpflichtet wurden, eine Verordnung, der viele Unternehmungen überhaupt nicht nachkommen, während andere Gesellschaften zum Teile unrichtige Angaben bringen, zum Beispiel dadurch, daß sie die Bezüge von den Tochtergesellschaften nicht mitrechnen. Die Scheu der Aktiengesellschaften, die Verwaltungskosten bekanntzugeben, ist verständlich, denn sie wollen sich wohl durch Reduzierung der Löhne und kleinen Gehälter und durch schärfsten Personalabbau sanieren; an eine wirksame Reduzierung der übermäßig hohen Bezüge der Vorstandsmitglieder, die ihre Unfähigkeit zur Genüge bewiesen haben, denken sie nicht.

Die nachstehenden Ziffern von 71 Unternehmungen sprechen wohl für sich:

	Zahl der Mitglieder	Vorstand Gesamtbezüge in Reichsmark	Vorstand Durchschn. Gehalt in Reichsmark
1. Montanindustrie:			
Mannesmann-Röhren-Werke	7	878.000	135 000
Harpener Bergbau A.-G.	10 (!)	500.000	50.000
2. Braunkohlenbergbau:			
Ilse Bergbau A.-G.	2	257.000	130.000
Deutsches Erdöl A.-G.	5	582.000	120.000
Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau inkl. 2 Tochtergesellschaften	5	450.000	90.000
3. Kalibergbau:			
Salzdetfurth-Konzern	10 (!)	1.000.000	100.000
Urbach-Kaliwerke A.-G.	4	337.200	85.000
4. Metallbergbau:			
Rawack u. Grünfeld A.-G. (trotz großer Verluste)	4	344.000	86.000
5. Chemie:			
LG. Farbenindustrie A.-G.	43 (!)	5.978.719	140.000
Dynamit Nobel A.-G.	2	212.000	106.000
6. Maschinenbau:			
Schubert u. Salzer A.-G.	4	476.000	120.000
Akkumulatorenfabrik A.-G., Berlin	4	440.000	110.000
Maschinenfabrik Buckau	8 (!)	475 000	60.000
R. Frister A.-G. (trotz großer Verluste)	2	192.730	96.500
7. Elektrotechnische Industrie			
Felten u. Guilleaume A.-G.	6	300.000	50.000
Bergmann A.-G. (trotz großer Verluste)	5	250 000	50.000

und so fort in allen anderen Branchen. Ist es nicht aufreizend, daß bei der ungeheuren Not in Deutschland noch heute viele Vorstandsmitglieder mit über 100 000 Reichsmark Jahreseinkommen vorhanden sind? Solch hohe Bezüge haben die Vorstandsmitglieder selbst in Unternehmungen, die finanziell so schlecht gestellt sind, daß sie vom Staat subventioniert werden müssen. Diese erhalten ihr hohes Gehalt also nicht aus dem Ertrag ihres zumeist durch ihre Schuld ertraglosen Unternehmens, sondern aus Steuergeldern. Die Tätigkeit der meisten Aufsichtsräte für diese schöne Bezahlung von 10 000 bis 30 000 Reichsmark jährlich besteht zunächst in der Anwesenheit bei einem halben Dutzend Sitzungen im Jahr. Es gibt „Wirtschaftsführer“ in Deutschland, die bis 20 solcher Aufsichtsratsstellen innehaben.

Bei uns in Polen gibt es auch solche Drohnen.

Frauenerwerbsarbeit im Ausland.

In Deutschland sind von je 100 der weiblichen Bevölkerung 35.6 erwerbstätig. Zum Vergleich seien aus einigen anderen Staaten entsprechende Zahlen mitgeteilt. Vom Hundert der weiblichen Bevölkerung waren erwerbstätig in:

Spanien	9.4
Griechenland	13.6
Vereinigte Staaten	17.8
Niederlande	18.3
Dänemark	24.8
England	25.5
Litauen	67.2
Rußland	53.2
Lettland	53
Estland	48.9
Polen	45.1
Frankreich	37.5

Allerdings wird der Vergleichswert solcher internationaler Statistiken stark beeinträchtigt durch die Tatsache, daß die Statistiken unter sehr verschiedenartigen Umständen zustande gekommen sind. Hauptberufliche Erwerbsarbeit der Frau ist durchaus kein ganz eindeutiger Begriff. Das zeigte sich zum Beispiel in den rein deutschen Berufszählungen, bei denen die landwirtschaftliche Frauenarbeit zu verschiedenen Zeiten statistisch sehr verschieden erfaßt wurde. Immerhin ist aber sicher die Erwerbsarbeit der Frauen in Rußland und den Randstaaten ebenso häufig und regelmäßig, wie in den südeuropäischen Ländern Spanien und Griechenland die Ausnahme darstellt.



Auch Japan hat jetzt seine Faschisten

Eine Gruppe der neuen faschistischen Partei Japans mit ihren Fahnen. — Begünstigt von der kriegerischen Stimmung, die seit dem Vorgehen gegen China im „Land der aufgehenden Sonne“ herrscht, wurde kürzlich eine japanische faschistische Partei gegründet, die sehr viel von dem italienischen Vorbild übernommen hat. Genau wie die Anhänger Mussolinis tragen die Mitglieder der „Kukumin-Domei“ schwarze Uniformen und begrüßen sich mit dem Faschisten-Gruß.

Praktische Winke für die Hausfrau.

Guter Schlaf im Winter.

In den Wintermonaten brauchen wir mehr Schlaf als im Sommer, daher müssen wir zu einem wirklichen Ausruhen kommen. Niemals darf man spät abends sehr kräftige Suppen oder Getränke zu sich nehmen, ebensowenig Kaffee oder Tee, die uns sehr anregen. Auch heiße Milch sollte man stets mit etwas Wasser mischen, wenn man sie spät abends trinkt, da sie sonst zu schwer ist, besonders wenn man sie zu schnell getrunken hat. Bei sehr kaltem Wetter sollte man immer ein kleines Extrakissen benutzen, mit dem man den Nacken gegen Zug schützt. Daß man nicht einschlafen kann, wenn man kalte Füße hat, wird jeder schon an sich erfahren haben. Man muß daher vor dem Zubettgehen für richtige Durchwärmung des ganzen Körpers sorgen. Das beste Mittel ist meist ein Spaziergang. Nie sollte man vor dem Zubettgehen aufregende Bücher lesen; nervöse Menschen können dann überhaupt nicht einschlafen. Auch Hunger hält den Schlaf fern. Wenn sich ein Hungergefühl während der Nacht einstellt, sollte man eine Kleinigkeit zu sich nehmen; das ist besser, als stundenlang wach zu liegen. Nie vergesse man, daß der Schlaf vor Mitternacht der beste ist.

Richtige Aufbewahrung von Vorräten.

Winterkartoffeln lagert man am besten in einem nicht feuchten Keller ein, und zwar schüttet man sie in große Kisten. Mohrrüben und Meerrettich halten sich vorzüglich in Kisten mit trockenem Sand. Alle Marmeladen und eingemachten Früchte soll man stets in völlig trockenen Räumen aufbewahren, da sie sonst Schimmel ansetzen. Aepfel liegen am besten in Bodenkammern, da sie im Keller zu leicht schrumpfen. Käse soll man, wenn es sich um größere Stücke handelt, stets in feuchte Leintücher einschlagen. Gebäck, das knusprig bleiben soll, stellt man in Blechdosen in der Nähe der Oefen auf. Brot dagegen ist in möglichst kühlen Räumen aufzubewahren. Man darf es nie nachts im Zimmer stehen lassen, da es sofort hart und rissig wird.

Das Anstreichen von Möbeln.

Mit Oelfarbe kann man in vielen Fällen eine verbraucht aussehende Einrichtung wieder gebrauchsfähig und hübsch machen. Zu empfehlen ist nur, den Raum, in dem man streicht, gut mit Packpapier auszudecken, denn die Oelfarbenflecke sind vom Fußboden sehr schwer zu entfernen. Ebenso muß man sich und seine Kleidung schützen. Besonders bei dem Anfänger ist ein Bespritzen unvermeidlich. Die Oelfarbe selbst läßt man sich am besten in einer Drogerie in dem gewünschten Farbton anrühren. Alle gestrichenen Möbel können, nachdem sie mit Seifenwasser gereinigt wurden, ohne weitere Vorbereitung neu überstrichen werden. Bei polierten Möbeln hat man die blanke Politur zunächst durch Abreiben mit Schmirgelpapier zu entfernen. Dann erst kann man die Oelfarbe auftragen. Man darf nicht zu dick streichen und muß sich bemühen, möglichst gleichmäßig zu arbeiten. Erst nachdem der erste Anstrich vollkommen getrocknet ist, kann man zum zweitenmal streichen. Nach Trocknen des zweiten Anstriches kann man die Lackfarbe auftragen. Häßliche, alte Möbel aus Nußbaum oder dunkel gestrichenem Holz werden modern und wie neu durch hübsche Oelfarbenanstriche.

Weg mit der roten Nase!

Die Röte der Nase wird verursacht durch mangelhafte Blutzirkulation, und man kann nichts besseres tun, als bei der Wurzel des Uebels einzugreifen. Reichlich Körperbewegung sowie auch Wechsel-Fußbäder haben sich oft schon als nützlich erwiesen. Daneben tut man gut, auf Alkohol, Tabak und Kaffee zu verzichten. Als äußeres Mittel kann man abends die Nase vorsichtig mit warmem Wasser abtupfen und mit Zinksalbe bestreichen. Bei Mitessern soll man die Haut mit Zitronensaft einreiben u. Gesichtsdampfbäder anwenden.

„Wo die Pflicht ruft!“

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Bielsko. Die Sprechstunden finden jeden Dienstag, von 7 bis 9 Uhr abends, im Restaurant „Tivoli“, Herrn Viktor Raszka, ul. Mlynska 12, statt.

Der Vorstand.

Lipnik. Am Dienstag, den 24. Januar, um ½6 Uhr, findet im Gasthaus des Herrn Zak in Lipnik eine Mitgliederversammlung des sozialdem. Wahlvereins „Vorwärts“ statt. Mitglieder erscheint alle!

Der Obmann.

Was ist das Internationale Polarjahr?

Vielfach liest man jetzt, daß das 3. Internationale Polarjahr begonnen habe. Die wenigsten können sich darunter etwas vorstellen. Was heißt das: Internationales Polarjahr? Was wird darunter verstanden, was meint die Wissenschaft und was beabsichtigt sie damit?

Der Internationale Meteorologenkongreß, der vor zwei Jahren unter äußerst zahlreicher Beteiligung tagte, ist zwar nicht der Erfinder, aber der eigentliche Neuschöpfer des Internationalen Polarjahres. Es hat nämlich schon einmal ein solches Jahr gegeben, und zwar im vorigen Jahrhundert. Auf Vorschlag des österreichischen Gelehrten Weyprecht wurde das Jahr 1882-83 zum Internationalen Polarjahr erklärt. Mehr als dreizehn Expeditionen verschiedener Staaten begaben sich damals in die Arktis und machten gleichzeitig Beobachtungen. — Daraus wird schon etwas klarer, was ein Internationales Polarjahr ist. —

Die Wissenschaftler aller an der arktischen Forschung interessierten Länder sollen innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes an bestimmten, wichtigen Punkten zu genau festgelegten Zeiten und unter vorher ausgemachten Voraussetzungen meteorologische Beobachtungen machen.

Dazu gehören Beobachtungen über den Erdmagnetismus, Temperaturmessungen, Untersuchungen über die Luftfeuchtigkeit, Wind- und Wirbelentstehungen mit den dazu gehörigen Luftbewegungen, sowie die Erforschung der höheren und höchsten Luftregionen in jenen für die Wettervoraussage in der ganzen Welt so bedeutsamen Zonen.

Es geht, mit einem Wort darum, die Grundlagen nicht nur der meteorologischen Wissenschaft überhaupt, sondern ihrer praktischen Anwendung in der Wettervoraussage zu erweitern und immer zuverlässiger zu machen. Durch die zahlreichen gleichzeitigen Beobachtungen an den verschiedensten arktischen Punkten gelingt es schließlich, gewisse Gesetzmäßigkeiten aufzudecken, die von entscheidender Wichtigkeit sind. Es gibt jetzt bereits mehr als 50 ständige wissenschaftliche Beobachtungsposten in der Arktis. Diese werden im Polarjahr zu einem festen, lückenlosen System zusammengefaßt. Zu ihnen treten dann noch ebenso viele provisorische Posten, die nur für das Polarjahr selbst ihre Zelte in der Arktis und Antarktis aufschlagen. Auf Franz-Joseph-Land und Nowaja Semlja finden wir russische Stationen, auf Grönland deutsche, dänische und norwegische, schwedische und norwegische auf Spitzbergen, italienische auf Baffins-Land und vorwiegend amerikanische in der Antarktis.

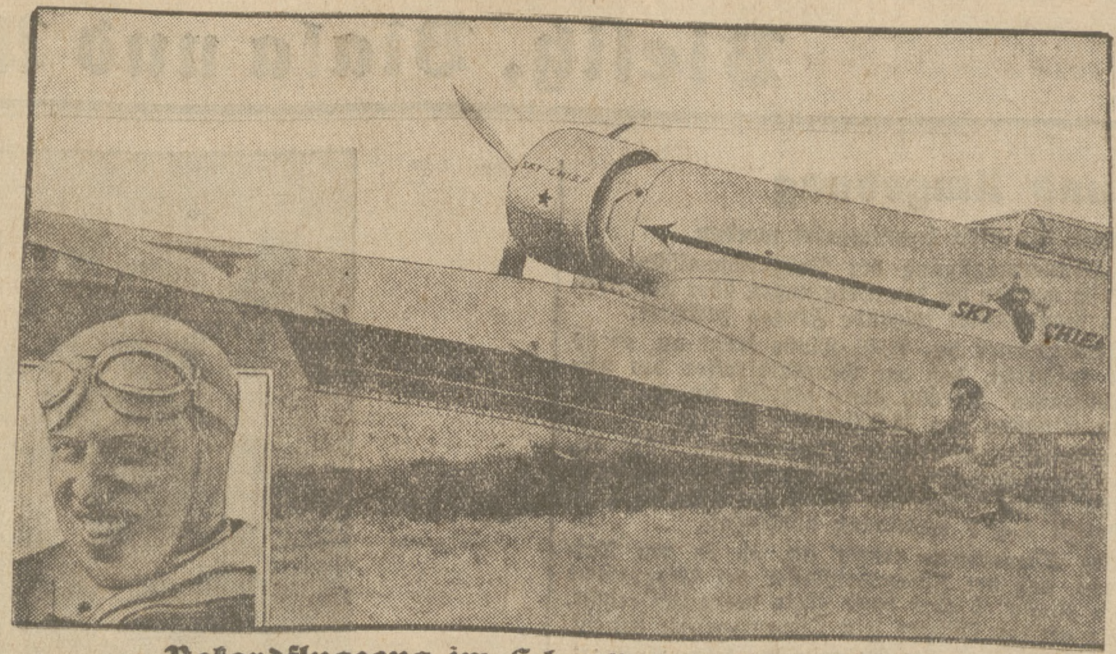
Großzügiger als früher will man diesmal auch wieder Flugzeuge, und wenn es möglich ist, das Luftschiff in den Dienst der arktischen Forschung

stellen. Sie haben bereits ganz außerordentliche Dienste geleistet. Besonders groß war die wissenschaftliche Ausbeute der Arktisfahrt des „Graf Zeppilin“.

Die erforderlichen Mittel sind größtenteils schon bereitgestellt. Einen großen Anteil hat die amerikanische Carnegiegesellschaft übernommen, in den Rest teilen sich russische, amerikanische und skandinavische, sowie italienische Stellen.

Eine besondere Kommission von Gelehrten wird dann nach Ablauf des Internationalen Polarjahres die wissenschaftliche Ausbeute prüfen und über ihre Ergebnisse auf dem nächsten internationalen Meteorologenkongreß ausführlich berichten. Den Nutzen dieser Arbeiten werden wir alle haben, denn er wird der Wettervoraussage in unseren Zonen direkt zugute kommen.

K. Zurland.



Rekordflugzeug im Schnell- und Langsamflug

Das neuartige Flugzeug, das sich der bekannte englische Flieger Hawks (Porträt unten links), der sensationelle Geschwindigkeitsflüge zwischen London, Berlin und Rom zurücklegte, erbauen ließ. Die Maschine vermag einerseits eine Höchstgeschwindigkeit von 400 Stundenkilometern zu entwickeln, während anderseits mit Hilfe eines sogenannten Spaltflügels die Lande-Geschwindigkeit auf rund 70 Stundenkilometer ermäßigt werden kann.

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Mittwoch, den 25. Januar.

15,25: Musikalisches Zwischenspiel. 15,35: Kinderfunk. 16: Leichte Musik auf Schallplatten. 16,40: Vortrag. 17: Aus dem Hotel „Monopol“: Tanzmusik. 17,40: Vortrag. 18: Leichte Musik. 19: Verschiedenes. 20: Leichte Musik. 20,55: Sportnachrichten und Presse. 21,05: Violinmusik. 22,20: Musikalisches Zwischenspiel. 22,40: Vortrag. 23: Briefkasten in französischer Sprache.

Breslau und Gleiwitz.

Mittwoch, den 25. Januar.

9.10: Schulfunk. 11.30: Wetter; anschl.: Für die Landwirtschaft. 11,50: Aus Leipzig: Konzert. 15,35: Pädagogische Arbeitsgemeinschaft. 16: Skizzen aus Oberschlesien. 16,30: Theaterplauderei. 17: Deutsche Skiläufer in den Beskiden. 17,30: Zweiter landw. Preisbericht; anschl.: Moderne Bekämpfung gegen forstliche Schädlinge. 17,50: Konzert der Kapelle Emil Gielnik. 18,20: Warum Natur- und Tierschutz. 18,40: Die Weihnachtsamnestie und ihre Auswirkungen. 19,15: Abendmusik. 20: Die Januarkantate. 21: Abendberichte. 21.10: Wunschkonzert. 22.10: Zeit, Wetter, Tagesnachrichten, Sport. 22,30: Jugend auf dem Lande. 22,50: Aus Berlin: Tanzmusik. 23,30: Aus London: Tanzmusik.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita“ Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

Neudorf. Am Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet bei Gorecki eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Referent: Genosse Kowoll.

Arbeiterwohlfahrt.

Siemianowitz. Am Freitag, den 27. Januar, nachmittags um 5 Uhr, findet im Lokal Kozdon eine Mitgliederversammlung statt. Referent: Genosse Matzke.

Bismarckhütte. Am Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, im bekannten Lokal Generalversammlung der „Arbeiterwohlfahrt“. Referentin: Genossin A. Kowoll.

Maschinisten und Heizer.

Generalversammlungen.

Lipine. Am Dienstag, den 24. Januar, nachmittag ½5 Uhr, bei Hecht.

Schwientochlowitz. Am Donnerstag, den 26. Januar, abends 5½ Uhr, bei Naiwert.

Bismarckhütte. Am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr bei Brzezina.

Pünktliches Erscheinen und Mitbringen des Mitgliedsbuches ist Pflicht.

Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Dienstag, den 24. Januar: Vortrag B. f. A.
Donnerstag, den 26. Januar: Diskussionsabend.
Freitag, den 27. Januar: Gesangsabend.
Sonntag, den 29. Januar: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Dienstag, den 24. Januar: Heimabend.
Mittwoch, den 25. Januar: Vortrag des B. f. A.
Donnerstag, den 26. Januar: Sprechchorprobe.
Freitag, den 27. Januar: Arbeitsgemeinschaft 10 Min. Ref.
Sonnabend, den 28. Januar: Brettspiele.
Sonntag, den 29. Januar: Heimabend.

Kattowitz. (Holzarbeiter.) Am Sonntag, den 29. Januar, vormittags um 10 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels die Generalversammlung statt. Alle Kollegen haben zu erscheinen. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Königshütte. (Touristenverein „Die Naturfreunde“.) Am Dienstag, den 24. Januar, um 8 Uhr abends, findet im Volkshaus die erste Vorstandssitzung statt. Die Wichtigkeit derselben darf nicht verkannt werden.

Königshütte. (Arbeitslosenversammlung der freien Gewerkschaften.) Am Donnerstag, den 26. Januar 1933, nachmittags um 5 Uhr, findet im Büfettzimmer des Dom Ludowy, Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6, eine Arbeitslosenversammlung der freien Gewerkschaften statt. Wir ersuchen aller arbeitslosen Kollegen, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, bestimmt zu erscheinen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Arbeitslosenkarte.

Königshütte. (Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopfer.) Die fällige Generalversammlung findet am Dienstag, den 31. Januar, um 7 Uhr abends, im Dom Ludowy, ulica 3-go Maja, statt. Daselbst jeden Montag von 6—8 Uhr, kostenlose Beratungsstunden.

Königshütte. (Freie Radfahrer.) Am Donnerstag, den 2. Februar, vormittags um 10 Uhr, findet im Vereinszimmer des Volkshauses, ulica 3-go Maja, die diesjährige Generalversammlung statt. Jedes Mitglied hat zu erscheinen.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Dienstag, den 24. Januar, abends um 8 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels der fällige Vortrag statt. Referent: Genosse Dr. Bloch.

Königshütte. Am Mittwoch, den 25. Januar, abends um 7 Uhr, Vortrag. Referent: Genosse Dr. Bloch. Thema: Geburtenregelung. Zahlreiches Erscheinen besonders der Frauen erwünscht.